



Jahresbericht 2015 zur Umsetzung der Strategie des Bundes in der humanitären Minenräumung 2012 – 2015

Der vorliegende Jahresbericht schliesst an die vorangegangenen Jahresberichten zum Engagement des Bundes in der humanitären Minenräumung an und stellt eine Aktualisierung hinsichtlich der Aktivitäten 2015 dar.

Im Rahmen der *Strategie des Bundes 2012 – 2015¹ in der Humanitären Minenräumung* strebt die Schweiz langfristig eine Welt an, in der keine Menschen mehr Opfer von Personenminen, Streumunition oder anderen explosiven Kriegsmunitionsrückständen werden und in der eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung möglich ist, welche die Bedürfnisse der Betroffenen deckt.

Das Engagement der Schweiz stützt sich auf verschiedene völkerrechtliche Instrumente, so etwa auf das Übereinkommen über das Verbot von Personenminen („Ottawa-Konvention“ mit total 162 Vertragsstaaten²), das Übereinkommen über Streumunition (mit total 98 Vertragsstaaten³) sowie die UNO-Konvention über bestimmte konventionelle Waffen.

Die politischen und operationellen Bemühungen der Schweiz erfolgen durch das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), in enger Abstimmung mit anderen Regierungen, internationalen Organisationen, dem IKRK, dem Genfer Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD) und der Zivilgesellschaft.

1. Überblick

Dank den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft nimmt die Zahl der neuen Opfer von Personenminen, Streumunition und anderen Kriegsmunitionsrückständen weltweit stetig ab. Trotzdem gilt es zum einen, den Überlebenden die entsprechende medizinische Hilfe zukommen zu lassen und zum anderen, die betroffene Bevölkerung im Hinblick auf die sozio-ökonomische Entwicklung zu unterstützen. Dies vor dem Hintergrund, dass belastete Flächen oft jahrelang nicht genutzt werden können und so die Lebensgrundlage stark eingeschränkt ist.

Auch im Berichtsjahr 2015 hat der Bund weiterhin Programme unterstützt, im Rahmen derer kontaminierte Flächen geräumt wurden, damit diese wieder durch die Bevölkerung genutzt werden können.⁴ Ebenso wurden Projekte finanziert, welche die Bevölkerung über die Gefahren informieren und so neue Opfer verhindert.

Obwohl der Einsatz von Personenminen und Streumunition in den letzten Jahren von weiten Kreisen als nicht mehr akzeptabel erklärt wurde, ist die globale Anerkennung eines Verbots dieser Waffen noch nicht erreicht. Noch immer sind diverse Länder keine entsprechenden internationalen Verpflichtungen eingegangen. In Konflikten wie zum Beispiel in Syrien, Ukraine oder jüngst auch im Jemen werden diese Waffen nach wie vor von verschiedenen Parteien eingesetzt.

¹ Siehe auch: [Minenstrategie 2012-2015](#)

² Stand 1. Februar 2016

³ Stand 1. Februar 2016

⁴ Konkrete Zahlen zur Lage in einzelnen Ländern und zu den Engagements weltweit: www.the-monitor.org/

Insgesamt hat die Eidgenossenschaft im vergangenen Jahr rund 18.5 Millionen Schweizer Franken im Rahmen der Umsetzung der Strategie des Bundes in der humanitären Minenräumung eingesetzt. Davon ging rund die Hälfte des Betrages (8.69 Millionen Schweizer Franken) erneut an das GICHD.

2. Ziele und Umsetzung der Minenstrategie des Bundes

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Umsetzung der relevanten internationalen Übereinkommen. Sie tut dies im Sinne ihrer humanitären Tradition und zur Stärkung ihres Profils im Einsatz für die menschliche Sicherheit, die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit sowie in der zivilen und militärischen Friedensförderung. Die Schweiz hat als Gaststaat zudem ein Interesse, Genf als Plattform wichtiger Institutionen im Abrüstungsbereich positionieren zu können. Durch weltweit anerkannte Institutionen wie dem GICHD und aufgrund der Tatsache, dass die Sekretariate der entsprechenden Konventionen in Genf angesiedelt sind, soll der Stellenwert von Genf als Kompetenzzentrum für konventionelle Abrüstung gestärkt und, wo möglich, ausgebaut werden.

Um möglichst effizient und wirkungsvoll zur Umsetzung der Vision einer Welt ohne neue Opfer von Personenminen, Streumunition und explosiven Kriegsmunitionsrückständen beizutragen, hat sich die Schweiz für die Jahre 2012-2015 **vier strategische Ziele** gesetzt. Diese werden in enger Koordination zwischen EDA und VBS umgesetzt.

2.1. Die Schweiz trägt proaktiv zur Stärkung, Umsetzung und Universalisierung der relevanten internationalen Instrumente bei; dies betrifft insbesondere die Ottawa-Konvention, aber auch die Konvention über das Verbot bestimmter konventioneller Waffen (CCW) und das Übereinkommen über Streumunition.

Die Schweiz hat sich auch im Jahre 2015 wiederum auf technischer wie auf politischer Ebene konkret für das Verbot der Personenminen und von Streumunition eingesetzt. Ein zentrales Anliegen stellt dabei die Stärkung des institutionellen Rahmens und der völkerrechtlichen Grundlagen dar, welche die Schweiz ratifiziert hat. Konkret nimmt die Schweiz Einsitz in Ausschüsse, welche die Umsetzung der Verträge unterstützen; weiter unterstützt sie den jeweiligen Vorsitz der Verhandlungen, unterstützt die Arbeiten des GICHD mit Blick auf thematische Aufarbeitungen, oder fördert die Leistungen der Sekretariate der jeweiligen Übereinkommen zugunsten einer international breit abgestützten Verhandlungsführung. Insgesamt hat die Schweiz – neben dem Beitrag an das GICHD und rund 0.39 Million Schweizer Franken an das Sekretariat der Ottawa-Konvention – rund 950'000 Schweizer Franken für die Politikarbeit, die Unterstützung der Vertragsstaatenreffen und weltweite Projekte zur Unterstützung der Konventionen ausgegeben.

So hat die Schweiz insbesondere im Rahmen des Streumunitionsübereinkommens anlässlich der Überprüfungskonferenz im September 2015 in Kroatien die Herbeiführung von wegweisenden Entscheiden für die kommenden fünf Jahre mitgestaltet. Dabei setzte sich die Schweiz unter anderem für die weitere Universalisierung des Übereinkommens und die Beachtung der Vertragsverpflichtungen ein. Insbesondere unterstützte sie aktiv die Schaffung des Aktionsplans für die Zeitspanne 2016-2020, mit welchem sich die Vertragsstaaten pragmatische und messbare Umsetzungsziele in den Bereichen Universalisierung, Lagervernichtung, Räumung und Risikosensibilisierung, Opferhilfe, internationale Zusammenarbeit und Hilfe, Transparenzmassnahmen sowie nationale Umsetzungsmassnahmen setzen. Weiter engagierte sich die Schweiz erfolgreich für eine finanziell nachhaltige Inbetriebnahme des Sekretariates (Implementation Support Unit) der Konvention in Genf.

Im Rahmen des Personenminenübereinkommens setzte die Schweiz 2015 zusammen mit Mexiko, Indonesien und Kolumbien ihre Arbeiten im Rahmen der Arbeitsgruppe für internationale Kooperation und Hilfe fort, wobei die Förderung von

Partnerschaften zur Erfüllung der Räumungsverpflichtungen im Fokus stand. Auch hier unterstützte die Schweiz erfolgreich die Bemühungen der Staatengemeinschaft, die jahrelangen Unsicherheiten um die Finanzierung des Sekretariates (Implementation Support Unit) des Personenminenübereinkommens zu lösen und ein für alle Staaten annehmbares Finanzierungsmodell zu verabschieden.

Die in beiden Übereinkommen (Personenminen- und Streumunitionsübereinkommen) gefundenen Lösungen zur Finanzierung der jeweiligen Sekretariate sind als entscheidende Entwicklungen in Berichtsjahr zu sehen: sie tragen zur institutionellen Stärkung der entsprechenden Abrüstungsverträge bei und sichern so die Fortführung der Umsetzungsarbeiten. Die finanzielle Absicherung der Sekretariate stärkt darüber hinaus die Bedeutung von Genf als humanitär und abrüstungspolitisch zentraler UNO-Standort. Zusammen mit weiteren Entscheiden in der konventionellen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Exportkontrolle – insbesondere rund um den Waffenhandelsvertrag und der Ansiedelung dessen Sekretariates ebenso in Genf – konnte das internationale Engagement für Frieden und Sicherheit im Bereich konventioneller Waffen im Berichtsjahr ganz im Sinne der Schweiz weiterentwickelt werden.

Auf nationaler Ebene schreitet die Vernichtung der eigenen Lagerbestände von Streumunition („Kanistergeschosse“) weiter voran; die Bestände werden innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraums von acht Jahren vernichtet.

Die politische Arbeit der Schweiz beinhaltet auch ihr Engagement gegen den Einsatz von Personenminen durch bewaffnete nicht-staatliche Akteure. Im Einklang mit ihren humanitären Prinzipien hat die Schweiz weiterhin die NGO *Geneva Call* unterstützt, die die Normen der Ottawa-Konvention gegenüber nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen in verschiedenen Ländern (z.B. Syrien) fördert. Mittlerweile haben 49 nicht-staatliche Gruppen den sogenannten *Deed of Commitment*⁵ unterzeichnet und sich damit engagiert, keine Personenminen mehr einzusetzen und entsprechende verminten Gebiete zu räumen.

2.2. Die Schweiz setzt sich für die Verbesserung der Lebensumstände der von Minen, Streumunition und Kriegsmunitionsrückständen betroffenen Bevölkerung ein.

Im Berichtsjahr leisteten zehn Armeeangehörige Beiträge in UNO-Minenräumprogrammen, was einem Aufwand von über 1.7 Millionen Schweizer Franken entspricht. Bei diesen Einsätzen stand der Aufbau einheimischer Kapazitäten sowie die Ausbildung von Personal für die Räumarbeit vor Ort im Vordergrund und umfasste auch den Aufbau von entsprechenden Management- und Führungsstrukturen.

Auch in diesem Berichtsjahr kamen in Programmen in der Demokratischen Republik Kongo, Südsudan, der Westsahara und im Hauptquartier der UNO in New York teils Milizangehörige und teils militärisches Berufspersonal des Kompetenzzentrums Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung (Kompetenzzentrum KAMIR) der Schweizer Armee zum Einsatz. Dabei nahmen die Milizangehörigen Funktionen in der Logistik sowie im Informationsmanagement (IMSMA) wahr. Weiter wird eine zivile Expertin des EDA bei der UNO in Genf eingesetzt. Der Mix aus militärischem Grundwissen und Führungserfahrung sowie aus zivilen Fachkenntnissen kann in dieser Art von Einsätzen ideal angewendet werden.

⁵ www.genevacall.org (Stand Februar 2016)

Im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) bietet die Schweizer Armee zusammen mit dem GICHD und 2015 erstmals mit Partnern der UNO, die in der Minenräumung tätig sind, jährlich internationale Fortbildungskurse im Bereich der humanitären Minenräumung an. Ziel ist u.a. die gemeinsame Aus- und Fortbildung von zivilen und militärischen Experten im Bereich der internationalen Standards der humanitären Minenräumung. Die beiden neuen Ausbildungskurse mit der UNOPS (UN Office for Project Services) werden dabei von Schweizer Milizexperten im Bereich Logistik als Teil der obligatorischen Einsatzvorbereitung besucht. Im Berichtsjahr fanden fünf Kurse im Rahmen der PfP sowie zwei IMSMA-Training-Kurse statt. Dabei nahmen insgesamt über 100 Teilnehmer aus fast 40 Ländern und Organisationen teil.



Schweizer Logistiker im Einsatz für das Minenräumprogramm der UNO in der Demokratischen Republik Kongo: Ausbildung am Generator

Die Schweiz hat weiter rund 7.5 Millionen Schweizer Franken in die Unterstützung konkreter Projekte in Schwerpunktländern und -regionen der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung investiert. Dies betraf insbesondere Afghanistan, Kolumbien, Bosnien und Herzegowina, Gaza, Kambodscha, Kosovo, Demokratische Volksrepublik Laos (Laos), Libyen, Mali und Myanmar.

2.3. Die Schweiz verstärkt die Integration und die Synergien der humanitären Minenräumung mit anderen Politikbereichen. Zudem werden Monitoring und Evaluationsinstrumente entwickelt, um die Wirkung der Aktivitäten besser sichtbar machen zu können;

Die Schweiz konzentriert ihre Engagements im Kampf gegen Personenminen und explosive Kriegsmunitionsrückstände auf Länder, in denen Synergien mit der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit oder der zivilen und militärischen Friedensförderung erzielt werden können. Damit werden Komplementaritäten geschaffen, wie zum Beispiel mit Projekten der ländlichen Entwicklung, der Ernährungssicherheit oder dem Schutz der Zivilbevölkerung. Entsprechend werden die in der Minenstrategie des Bundes verankerten Anliegen in anderen thematischen oder geographischen Strategien gespiegelt und verstärkt.

Die Schweiz ist sich bewusst, dass das gewinnbringende Monitoring und die Evaluation von Anstrengungen in der humanitären Minenräumung zu den grossen Herausforderungen für die in diesem Bereich aktive internationale Gemeinschaft

gehören. Die Schweiz steht deshalb weiter im regelmässigen Austausch mit internationalen Partnern wie der UNO und der Zivilgesellschaft, um gemeinsam effiziente und wirkungsvolle Instrumente für das Monitoring und die Evaluation von Minenprogrammen zu entwickeln. Selbstverständlich werden die unterstützten Minenprojekte bereits heute im üblichen Rahmen verfolgt, es stellen sich jedoch immer wieder spezifische und methodologische Fragen, wie die Wirkung der Engagements noch sachbezogener erfolgen kann, damit daraus auch die entsprechenden Lehren gezogen werden können.

2.4. Die Schweiz trägt im Einklang mit den nationalen Interessen proaktiv zur Entwicklung von neuen Instrumenten, Politiken und Aktivitäten bei, um neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen.

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an laufenden Debatten, sei dies auf politischer Ebene im Rahmen der Übereinkommen, sei dies auf operationeller Ebene. Durch den namhaften Beitrag der Schweiz an das GICHD werden die internationalen Standards für die Aktivitäten in diesem Bereich ebenso gefördert wie die weitere Forschung und Entwicklung von neuen Technologien und Methoden für noch effizientere Projekte und Programme. Dies gilt nicht nur für die Entminung selbst, sondern auch für andere Bereiche wie zum Beispiel die Opferhilfe.

3. Bilanz und Schlussfolgerung

Im Berichtsjahr wurden weitere Fortschritte in der Erreichung der in der Strategie des Bundes für humanitäre Minenräumung 2012 - 2015 festgelegten Ziele gemacht; die Ausrichtung der Schweizer Politik in der humanitären Minenräumung und ihrer operationellen Umsetzung hat sich bewährt. Dabei sind folgende Punkte besonders hervorzuheben:

- Im Berichtsjahr hat die Schweiz ihr Engagement zugunsten der Risikominderung durch Minen, Streumunition und andere explosive Kriegsmunitionsrückstände in zahlreichen Ländern fortgesetzt. Basierend auf ihren humanitären, friedenspolitischen und entwicklungspolitischen Grundlagen hat sie Projekte sowohl mit Expertise und Entsendungen als auch mit finanziellen Mitteln unterstützt. Dabei stand die Hilfe zur Selbsthilfe und der Aufbau lokaler Kapazitäten erneut im Vordergrund. Als Beispiel für die positive Rolle der humanitären Minenräumung spezifisch für Friedensprozesse sei die humanitäre Minenräumung in Kolumbien genannt, welche auch mit Schweizer Unterstützung einen Beitrag zur Befriedung eines der langjährigsten Bürgerkriege der Welt geleistet hat.
- Gleichzeitig leistete die Schweiz auch im Berichtsjahr erneut Politikarbeit sowohl in verschiedenen multilateralen Foren als auch in ihren bilateralen Kontakten. Dabei steht die Schaffung und Weiterentwicklung politischer Prozesse, welche die humanitäre Minenräumung fördern, im Vordergrund. Hier tritt die Schweiz auch politischen Ermüdungserscheinungen in der humanitären Minenräumung entgegen und setzt sich für die institutionelle Stärkung ein.
- Mit der finanziellen und politischen Unterstützung des Internationalen Zentrums für humanitäre Minenräumung in Genf (GICHD) sowie der Durchführung von Aus- und Weiterbildungskursen leistet die Schweiz einen namhaften Beitrag an die Bestrebungen, die humanitäre Minenräumung schneller, billiger, sicherer und wirkungsvoller durchführen zu können.

Schliesslich hat die Schweiz im Berichtsjahr auch ihrer Strategie 2012-2015 revidiert und finalisiert gegenwärtig die nachfolgende „Strategie des Bundes in der humanitären Minenräumung 2016-2019“. Eine externe Evaluation zu Beginn des Prozesses hat dabei klar bestätigt, dass die von der Schweiz angewandten Methoden und Instrumente nach wie vor

angemessen und relevant sind; die Resultate der Evaluation dienen jedoch auch dazu, strategische Ziele, Schwerpunkte und Aktivitäten des Bundes an die heutigen Herausforderungen anzupassen.